

Mittendrin und nicht dabei

FR 25.02.04

Ein Projekt der Schader-Stiftung erforscht, ob Ausländer mit Mitteln des Städtebaus besser in die Gesellschaft integriert werden können

VON ESKE HICKEN

DARMSTADT · 24. FEBRUAR · Politiker, Wohnungsgesellschaften und Wissenschaftler haben lange geglaubt, dass Integration funktioniert, wenn man Ausländer und Deutsche nur lange genug gemeinsam in Häusern und Wohnvierteln ansiedelt. Das Baugesetzbuch schreibt eine „Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen“ vor: Über Jahrzehnte war es daher politische Pra-

lern und Vertretern von Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften gleichermaßen beklagt – gab den Anstoß für ein 32-monatiges Projekt der Darmstädter Schader-Stiftung, das die Lücken schließen soll: „Sozialräumliche Integration von Zuwanderern: Netzwerk Forschung & Praxis“ ist der Titel.

Vier hauptamtliche Mitarbeiter der Stiftung betreuen das Projekt. Verbundpartner sind Forschungsinstitute, Wohnungsbaugesellschaften und Kommunen, unter anderem der Deutsche Städtetag, der GoW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, die Forschungsinstitute InWIS und DiFu aus Bochum und Berlin, sowie acht deutsche Städte, darunter Frankfurt, Berlin und Hamburg.

Unter Fachleuten gibt es zwei große Lager, die man mit „Melting Pot“ oder „China-Town“ überschreiben könnte: Die einen fordern nach wie vor Integration und warnen vor Ghettobildung. Die anderen überlegen, ob es nicht auch ganz in Ordnung sein kann, wenn Ausländer unter sich leben und verweisen auf Beispiele wie China-Town in New York, dessen Bewohner bewusst ihre eigene Sprache und Kultur pflegen.

Das Miteinander organisieren

„Das ist die zentrale Frage, die die gesamte Wohnungswirtschaft interessiert“, sagt Bernhard Spiller, leitender Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte, die als eine der größten Frankfurter Wohnungsbaugesellschaften am Projekt beteiligt ist: „Uns interessiert, mit welchen Instrumenten man das Miteinander organisieren und die Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen mildern kann.“ Auch die beteiligten Städte erhoffen sich vom Projekt ein Instrumentarium für die tägliche Praxis: „Seit 40 Jahren,

sich Anwerbung der Gastarbeiter ist das Thema Wohnsituation virulent“, sagt der Leiter des Frankfurter Stadtplanungsamtes Dierk Hausmann. Auch er hofft auf „anwendbare Ergebnisse und „gezielte Integrationsmaßnahmen“.

Wie genau dies aussehen kann, werde sich erst im Laufe des Projektes ergeben, sagt Kirsten Krüger-Controz von der Schader-Stiftung. Am Ende soll so etwas wie eine „Matrix“ stehen, an der sich Bedingungen ablesen lassen, die Integration fördern oder bremsen. Sie soll die Erkenntnisse bündeln, die ein „Expertenforum“ aus Wissenschaftlern und Praktikern aus Kommunen und Wohnungsgesellschaften zusammenträgt. Das Ergebnis könnten Muster-Szenarien sein, die sich auf die eigene Situation vor Ort übertragen lassen und anhand derer abzuleiten ist, welche Interventionen sinnvoll sind.

Ein „Praxis-Netzwerk“ von Vertretern aus Kommunen und Wohnungswirtschaft soll schon während des Projektes Zwischen- und Endergebnisse in den beteiligten Städten umsetzen. Das Projekt endet im September 2006. Das Budget liegt bei insgesamt 1,5 Millionen Euro: etwa 30 Prozent kommen von der Schader-Stiftung, 70 Prozent – etwa 765 000 Euro trägt das Bundesforschungsministerium mit Fördermitteln aus dem Programm Bauen & Wohnen, ein kleiner Teil kommt von den Instituten.

Es fehle den Kommunen weniger an Erkenntnis und Erfahrung, häufig aber an Austausch und am Blick über den eigenen Tellerrand, sagt der Projektleiter und geschäftsführende Vorstand der Stiftung, Christoph Kulenkampf: „Universitäten forschen in ihren eigenen Städten, maximal in der Region. Übergeordnete Betrachtungen gibt es nicht“. Es gebe zwar „den Willen, et-

was zu tun, aber auch eine große Ratlosigkeit bei allen Beteiligten“.

Dies ist auch der Grund für die Unterstützung des Bundesforschungsministeriums: „Es gibt eine Vielzahl von Forschungen, aber die losen Enden werden nicht zusammengeführt“, bestätigt Referentin Claudia Seltmann: „In den Stadtverwaltungen sind die Mitarbeiter voll im Tagesgeschäft und haben keine Möglichkeit, sich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen auseinander zu setzen. Kommunalverwaltungen und Wohnungsbaugesellschaften können durch das Schader-Projekt Lösungen für tatsächliche Probleme erwarten.“

Zufrieden mit eigener Situation

In Zeiten hoher Arbeitslosenzahlen muss sich Integration verstärkt auf den Wohn- und Lebensbereich konzentrieren – diese Annahme liegt dem Projekt zugrunde: „Arbeit als Integrationsmaschine funktioniert nicht mehr“, sagt Projektleiter Christoph Kulenkampf. Untersucht wird beispielsweise, warum Integration in einem Stadtteil funktioniert und im anderen nicht; wie sich bestimmte Gruppen in ihren Vierteln verhalten oder was Bedingungen für besonders glückliche Migranten-Biografien sind.

Trotz Melting-Pot-oder-China-Town-Diskussion ist die Integration der ausländischen Bevölkerung in den Stadtteilen erklärtes Ziel: „Natürlich will das Projekt Integration“, sagt Kulenkampf: „Die Aufgabe ist aber, sich mit der Wirklichkeit pragmatisch und fundiert auseinander zu setzen. Die Zuwanderer selbst müssen mit ihrer Situation einverstanden sein: Wer aus seinem Viertel raus will, muss auch raus können.“

Das Projekt soll außerdem die Öffentlichkeit sensibilisieren. Kulenkampf sieht „wenig Pragmatismus“ und eine „Verdrängung

des Themas“ in Deutschland eher aus Unsicherheit denn aus böser Absicht: „Es gibt das Ideal, Einwanderer zu assimilieren“, sie der deutschen Gesellschaft anzugleichen, sagt er. „Es ist der Traum, es sollte doch jeder so sein wie wir.“

Durch die Erfahrung des Dritten Reiches sei Deutschland vorbelastet im Umgang mit Migranten: Ehemalige Kolonialmächte wie Großbritannien oder die Niederlande seien seit Jahrhunderten gezwungen, den Umgang mit Einwanderern zu üben. In anderen europäischen Ländern gebe es deshalb anders als in Deutschland auch überregionale Forschungen, die im Schader-Projekt ausgewertet werden sollen.

Drei Jahre nach Projektende wollen die Beteiligten überprüfen, wie sich das entwickelte Handwerkszeug in der Praxis bewährt hat. Vielleicht gibt es bis dahin auch eine Antwort auf die Frage, ob die Zukunft im Melting Pot oder in China Town liegt.

SCHADER-STIFTUNG

Die gemeinnützige Schader-Stiftung in Darmstadt ist eine der wenigen Stiftungen in Deutschland, die ihre Mittel für eigene Projekte verwenden. Sie wurde 1988 zur Förderung der Gesellschaftswissenschaften gegründet, ein Arbeitsschwerpunkt sind die Themen Wohnen und Städtebau. Mit dem Schader-Preis in Höhe von 15 000 Euro zeichnet die Stiftung einmal jährlich Wissenschaftler aus, die zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beigetragen haben. Die Schader-Stiftung finanziert ihre Arbeit aus den Erträgen des vom Bauingenieur Alois M. Schader gestifteten Privatvermögens. Schader wurde während des Baubooms der 60er Jahre deutschlandweit bekannt, unter anderem für die von ihm entwickelten Einsparmöglichkeiten am Bau. Der heute 75-jährige lebt in Darmstadt und ist noch als Mitglied des Stiftungsvorstandes aktiv. Die Schader-Stiftung gehört zu den mittelgroßen Stiftungen in Deutschland. Über die Summe des Vermögens gibt es allerdings keine offiziellen Auskünfte. hik

Wie leben Ausländer in Deutschland? Wie lässt sich Ghettobildung verhindern und Integration fördern? Fragen wie diese beschäftigen Städte und Gemeinden seit Jahren. Ein Projekt der Schader-Stiftung soll Erfahrungen bündeln und praktisches Wissen zusammenstellen.

xis, die Ansiedlung von Zuwanderern durch Quoten oder Zugangssperren zu steuern, um Ghettobildung zu verhindern.

Die Wirklichkeit der Großstädte sieht anders aus: Zunehmend entstehen Quartiere, in denen Ausländer und Deutsche gleichermaßen von sozialen Abstieg betroffen sind, oft despektierlich „Ausländerviertel“ genannt, deren Bevölkerungsgruppen verschiedener Nationalitäten unter sich bleiben. Die Ergebnisse jahrzehntelanger Integrationspolitik sind ernüchternd. Verallgemeinerbare Antworten auf die Frage, in welchem Wohnumfeld Integration funktioniert und wann sie überhaupt funktioniert, gibt es nicht. Es fehlt außerdem am systematischen Austausch zwischen Wissenschaftlern und den Praktikern in den Kommunen – allen gemeinsam ist eine gewisse Ratlosigkeit. Diese Situation – von Wissenschaft-